

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 25 (1998)
Heft: 6

Artikel: Wahlkampfthemen. Teil II, Die soziale Frage : Zukunft der Sozialwerke sichern, aber wie?
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910532>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Zukunft der Sozialwerke sichern

Die Sozialpolitik ist wie kein zweites Thema geeignet, die Eigenheiten jeder Partei aufzuzeigen. Die Tragweite und Komplexität des Gegenstands verhindern eine Kategorisierung der Parteien. Eine differenzierte Betrachtungsweise drängt sich auf.

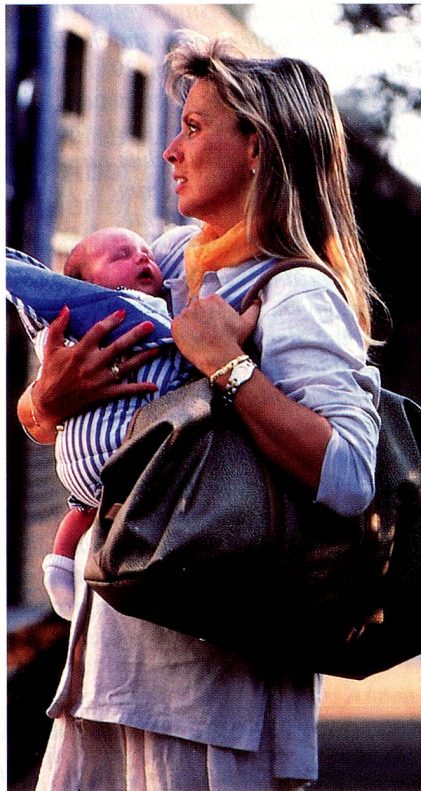
Zumindest über ein Element der Sozialpolitik sind sich die Parteien weitgehend einig: Die Flexibilisierung des Pensionierungsalters, die zu den zentralen Bestandteilen der 11. AHV-Revision gehört. Einzig die Partei

Pierre-André Tschanz

der Arbeit schert hier aus: «Die Flexibilisierung kommt nur den Reichen zugute», bemerkt Nationalrätin Christiane Jaquet-Berger (PdA/VD). Wie soll denn eine AHV-Reform aussehen, welche die erforderliche Flexibilisierung des Pensionierungsalters auf soziale Weise verwirklicht?

Flexibilisierung: Ja, aber...

Schon darüber gehen die Meinungen auseinander. Die Übereinstimmung erweist sich als vordergründig. Die Schweizerische Volkspartei legt den Akzent ganz klar auf die finanzielle Konsolidierung der Sozialversicherungen. Ja zur Flexibilisierung des Pensionierungsalters, aber nur unter der Be-



Mutterschaftsversicherung ja oder nein? Dies ist eine der umstrittensten Fragen in der Sozialpolitik. (Foto: Keystone)

ideal, wobei natürlich bei vorzeitigem Rentenbezug eine gewisse Einbusse in Kauf genommen werden muss: «Man kann nur ausgeben, was man hat.»

Sozialdemokraten und Grüne wünschen sich eine individuelle Pensionierung ab 62 Jahren. Auf der Rechten befürworten auch die Schweizer Demokraten die Möglichkeit eines vorzeitigen Bezugs der AHV ab 62 Jahren. Das normale Pensionierungsalter soll jedoch bei 65 Jahren liegen; dem schliessen sich auch die Freipartei (die ehemalige Autopartei), die EVP, die Freisinnigen und die CVP an.

Einen Vorbehalt bringen hier die Liberalen an: Die Finanzierung der AHV hat Priorität, und nötigenfalls muss das Rentenalter gar über 65 Jahre hinaus erhöht werden, denn die Einführung der Flexibilität verursacht Mehrkosten. «Das Referenzalter der Pensionierung muss so festgelegt werden, dass diese Mehrkosten abgedeckt sind», betont die

ehemalige liberale Waadtländer Nationalrätin Suzette Sandoz.

Bürgerliche: Konsolidierung

Die Sicherung der finanziellen Zukunft der Sozialversicherungen steht auf der Prioritätenliste der bürgerlichen Parteien zuoberst. «Konsolidierung» ist das häufigste Wort in ihrem Vokabular. Be-

«Die Flexibilisierung der Pensionierung soll über die berufliche Vorsorge realisiert werden.»

NORBERT HOCHREUTENER, CVP

sitzstandwahrung und finanzielle Sanierung sind die Hauptanliegen der SVP, der FDP, der Liberalen und der CVP.

Innerhalb dieser Gruppe heben sich die Christlich-Demokraten allerdings deutlich ab. Die Sozialversicherungen seien in ihrer Gesamtheit zu betrachten. «Die Flexibilisierung der Pensionierung soll über die berufliche Vorsorge (2. Säule) realisiert werden», erklärt der Berner Nationalrat Norbert Hochreutener. Gleichzeitig verlangt die CVP eine Ausweitung der beruflichen Vorsorge auf die Tiefstlöhne, damit auch die Teilzeitangestellten, mehrheitlich Frauen, erfasst werden. «Die notwendigen Sparmassnahmen müssen bei der Krankenversicherung erfolgen, und zwar durch eine Beschränkung des Leistungskatalogs und der Ärztezahle in den grossen Agglomerationen sowie durch die Streichung der Spitalsubventionen, welche die Konkurrenz verfälschen», ergänzt Hochreutener. Als zweite Priorität nennt die CVP die Konsolidierung der AHV mit einem zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozent ab dem Jahr 2005.

Die Bedürfnisse versichern

Diese Forderungen sind immer noch weit entfernt von denjenigen der Partei der Arbeit, welche die Bereiche Altersvorsorge, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. in einer einzigen Versicherung zusammenfassen will.

«Die Armut trifft heute vor allem junge Familien und Allein-erziehende.»

URSULA HAFNER, SP

dingung, dass sie finanziell tragbar und gerecht ist, erklärt der Zürcher SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer. In den Augen seiner freisinnigen Aargauer Kollegin Christine Egerszegi wäre die freie Wahl des Pensionierungsalters in einer Bandbreite zwischen 62 und 68 Jahren

n, aber wie?

Die SP verfolgt auf anderen Wegen eine ähnliche Zielsetzung. Die Sicherung der existentiellen Bedürfnisse für alle hat für sie erste Priorität. «Die Armut trifft heute vor allem junge Familien und insbesondere Alleinerziehende», betont Nationalrätin Ursula Hafner, die Fraktionspräsidentin der Sozialdemokraten. Deshalb die Idee einer Kinderrente nach dem Vorbild der AHV, die durch die direkte Bundessteuer zu finanzieren wäre. Für ältere Leute, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen mehr haben, fallen so oder so soziale Kosten an. Die SP verlangt daher Lösungen, die sowohl die flexible Pensionierung als auch Teilzeitarbeit, die Arbeitslosenversicherung und die IV einschliessen.

Für die FDP steht das finanzielle Gleichgewicht der Sozialversicherungen im Vordergrund. «Es braucht gesunde Finanzen, damit die Renten auch für die nächste Generation gesichert sind», bemerkt Christine Egerszegi. Die Hilfe soll jenen zukommen, die darauf angewiesen sind. Es gehe deshalb um eine bessere Verteilung der Leistungen und nicht um die Schaffung neuer Versicherungszweige. Anstelle einer neuen Mutterschaftsversicherung möchte die FDP lieber die Lücken im Unterstützungswesen der Kantone schliessen.

Eigenverantwortung zentral

Die Aufwertung der persönlichen Verantwortung steht bei den sozialpolitischen Vorstellungen der SVP im Vordergrund. «Wer seine persönliche Verantwortung im alltäglichen Leben wahrnimmt, leistet einen sozialen Beitrag, denn damit kommen die beschränkten Mittel jenen zu, die darauf angewiesen sind», meint Ulrich Schlüer, der neue Instrumente wie etwa die Mutterschaftsversicherung ablehnt, wenn sie nicht kostenneutral realisiert werden können.

Auch die Liberalen teilen diese Ansicht. Sie stellen sich gegen eine Finanzierung der Mutterschaftsversicherung

aus Beiträgen für die Erwerbsersatz-Ordnung. Und über eine allfällige Finanzierung via Mehrwertsteuer müsse vor der Einführung abgestimmt werden. Die Interessen der Familien stehen im Mittelpunkt der Sozialpolitik der EVP. Sie fordert eine steuerliche Bevorzugung der Familien, die Mutterschaftsversicherung, Tempo 30 innerorts, freien Zugang zur Bildung für alle und familienverträgliche Prämien bei der Krankenversicherung.

Energiesteuer als Finanzquelle

Die Grünen wollen die individuell wählbare Pensionierung ab 62 Jahren durch eine Energiesteuer finanzieren, denn «eine zusätzliche Belastung der Erwerbseinkommen muss vermieden werden», erläutert der Waadtländer Nationalrat Roland Ostermann. Zudem plädieren sie für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und für Massnahmen zur Förderung der Integration von Ausländern.

Eine Totalrevision der Krankenversicherung (Reduzierung der Beiträge, Privatisierung der Spitäler) verlangt die

«Wer seine persönliche Verantwortung im alltäglichen Leben wahrnimmt, leistet einen sozialen Beitrag.»

ULRICH SCHLÜER, SVP

Freiheits-Partei. Daneben fordert sie die Möglichkeit für Unabhängige, sich der beruflichen Vorsorge anzuschliessen, und eine existenzsichernde Rente aus der 1. und der 2. Säule. Hingegen ist sie gegen die Mutterschaftsversicherung.

Für die Schweizer Demokraten hat die Vorzugsbehandlung von Schweizern auf dem Arbeitsmarkt oberste Priorität. An zweiter Stelle erwähnen sie die Notwendigkeit von Sparmassnahmen im Asylbereich. Ausserdem befürworten sie die Beibehaltung der Freiwilligen AHV/IV für Auslandsschweizer.

Die Partei der Arbeit schliesslich möchte die Sozialversicherungen durch eine Reichtumssteuer mit Solidaritätsbeiträgen beispielsweise an die AHV finanzieren. Sie wünscht auch eine Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen der AHV und der beruflichen Vorsorge. «Der Anteil der 1. Säule an die Rentenfinanzierung sollte erhöht werden», meint Christiane Jaquet-Berger. ■

«Man kann nur ausgeben, was man hat.»

CHRISTINE EGRSZEGI, FDP

Parteien im Steckbrief (II)

Partei der Arbeit (PdA)

Sitze im Nationalrat: 3 (Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion); im Ständerat: –
Präsidentin: Christiane Jaquet-Berger (VD)
Adresse: Case postale 232, CH-1211 Genf 8
Tel. +41 22 322 22 99, Fax +41 22 322 22 95

Die PdA über sich:

«Die PdA vertritt eine Politik, welche die Bedürfnisse aller Menschen dieser Welt berücksichtigt, der Plünderung der Ressourcen und der Zerstörung der Natur Einhalt gebietet. Als Beitrag zu einer solchen Politik der Solidarität wollen wir in unserem Land die Bewegung für den Sozialismus stärken und mit allen Benachteiligten für mehr Gerechtigkeit kämpfen.»

Landesring der Unabhängigen (LdU)

Sitze im Nationalrat: 3 (Fraktionsgemeinschaft mit der EVP); im Ständerat: –
Präsidium: vakant
Adresse: Postfach 7075, CH-3011 Bern
Tel. +41 31 382 16 36, Fax +41 31 382 36 95
Internet: www.ldu.ch, E-Mail: ldu@ldu.ch

Der LdU über sich:

«Der Landesring tritt seit jeher für eine weltoffene Schweiz ein und stellt dies in der Europafrage erneut unter Beweis. Andere Länder sind Schweizern gegenüber eher positiv eingestellt, wenn sich unser Land nicht abkapselt.»

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sitze im Nationalrat: 2 (Fraktionsgemeinschaft mit dem LdU); im Ständerat: –
Präsident: Otto Zwygart (BE)
Adresse: Postfach, CH-8023 Zürich
Tel. +41 1 272 71 00, Fax +41 1 272 14 37
Internet: www.evp-pev.ch
E-Mail: info@evp-pev.ch

Die EVP über sich:

«Die EVP hat eine offene Haltung zu Europa und der übrigen Welt. Sie hat den Uno- und EWR-Beitritt bejaht. Unter Berücksichtigung des Wählerwillens ist der EU-Beitritt jetzt kein Thema. Aber die bilateralen Verhandlungen müssen geführt und ein Entscheid vorangetrieben werden, bevor die Beitrittsfrage neu beurteilt werden kann.»

Schweizer Demokraten (SD)

Sitze im Nationalrat: 3 (Fraktionsgemeinschaft mit der Lega dei Ticinesi und Massimo Pini, parteilos/TI); im Ständerat: –
Präsident: Rudolf Keller (BL)
Adresse: Postfach 8116, CH-3001 Bern
Tel. +41 31 311 27 74, Fax +41 31 312 56 32
Internet: www.schweizer-demokraten.ch
E-Mail: sd2.fraktion@bd.admin.ch

Die SD über sich:

«Die Schweizer Demokraten kämpfen für die grösstmögliche Unabhängigkeit und die Erhaltung der Neutralität unseres Landes. Der 20prozentige Ausländeranteil, die Überfremdung und Übervölkerung müssen abgebaut werden.»